01. November 2026, von Michael Schöfer
Wenn das die Jungwähler-Strategie der Union ist...

"In einer solchen Zeit braucht es uns, die Junge Union und die CDU", sagte Bundeskanzler Friedrich Merz auf dem Deutschlandtag der gemeinsamen Nachwuchsorganisation von CDU und CSU. "Für euch, für die junge Generation, wäre es die größte Ungerechtigkeit, jetzt nichts zu tun." [1] Die Rentenreform müsse daher schnellstmöglich kommen. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder wurde bei der JU sogar frenetisch gefeiert. Allerdings hatte er dort außer Linken-Bashing nicht allzu viel zu bieten, verdammte erwartungsgemäß die Pläne, in Berlin Wohnungen großer Wohnungsunternehmen zu vergesellschaften, und stellte einmal mehr den Länderfinanzausgleich in Frage. [2] Neues, das über altbekannte Positionen hinausging? Fehlanzeige!

Noch aufschlussreicher fielen die Reaktionen der Union im Vorfeld der "Genz Z"-Demonstrationen aus. Nach den schweren Krawallen in Frankreich wurden die Demos vor allem als Sicherheitsrisiko dargestellt. "Die wollen Deutschland stürmen", wetterte Markus Söder auf dem CSU-Parteitag. Ihr Ziel sei "Chaos zu stiften". "Ich kann nur sagen, wir lassen das nicht zu." [3] Motto: Alle, friedliche Demonstranten und gewaltbereite Extremisten, unterschiedslos in einen Sack stecken - heraus kommt eine Horde von brandschatzenden Chaoten. Die Junge Union in Berlin-Mitte forderte sogar den verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr im Inland. "Die geplanten 'Schüler'-Proteste müssen unterbunden werden." Sie plädierte deshalb dafür, die Bundeswehr um Amtshilfe zu bitten. "Wir fordern, vorsorglich die Bundeswehr zur Verteidigung unserer freiheitlichen Ordnung hinzuzuziehen. Um Terror wie in Paris zu verhindern." [4] Sturmgewehre gegen demonstrierende Schüler? Das lässt tief blicken.

Wenig überraschend gingen in diesem aufgeheizten Klima die Anliegen der "Gen Z" total unter. Wahrscheinlich sollten sie das auch, denn Lösungen für die Probleme der jungen Generation hat die Union keine anzubieten. Auf die Wohnungsnot etwa reagieren die Konservativen mit einem konsequenten "Weiter so", stehen nach wie vor zu den marktwirtschaftlichen Mechanismen, doch ausgerechnet die sind schließlich für die Misere auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich. Auch was die Rente angeht sind die Pläne von CDU/CSU für Jüngere genau besehen keineswegs attraktiv, denn die sind später selbst einmal Rentner und haben dann unter den Folgen der geplanten Rentenreform zu leiden. Die soziale Schieflage der "Reformen" ist unverkennbar, weil sie die bereits bestehende Kluft zwischen Arm und Reich nicht korrigieren. [5]

Angesichts dessen sind die Zweifel allzu berechtigt. Wenn das die Jungwähler-Strategie der Union ist… Na dann, gute Nacht! Die Union schneidet bei jüngeren Wählergruppen ohnehin schlecht ab, aber mit der gezielten Panikmache wird sich das künftig kaum bessern, sondern eher noch verschlechtern.

Die repräsentative Wahlstatistik belegt, dass die CDU bei der Bundestagswahl 2025 in der Gruppe der 18-24-Jährigen nur noch auf 10 Prozent kam, die CSU sogar bloß auf 3 Prozent. 1990, bei der ersten gesamtdeutschen Wahl nach der Wiedervereinigung, waren es in dieser Altersgruppe 29,7 (CDU) bzw. 5,9 Prozent (CSU). [6] Überproportional trifft die Union derzeit bei Wählern ab 60 auf Zuspruch, aber die sind, das regelt der biologische Prozess, naturgemäß nicht die Zukunft von Volksparteien. Die Aussichten der Union sind also düster: Ältere Wähler sterben weg, jüngere wachsen jedoch nicht in ausreichendem Maße nach. Bei den für ganz Deutschland sicherlich nicht repräsentativen Landtagswahlen in Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern fielen die Nachwahlbefragungen von Infratest dimap noch verheerender aus, die CDU kam bei den 16- bzw. 18-24-

Jährigen auf desaströse 8 (Berlin), 5 (Sachsen-Anhalt) und 2 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern). [7] Zumindest unterstreichen sie den negativen Trend der Union beim Zuspruch von Jüngeren.

So gesehen ist der Furor der Union in Bezug auf die "Gen Z" total kontraproduktiv. Wer sich nämlich jetzt diffamiert fühlt und mit seinen Anliegen auf wenig Gehör stößt, wird sich auch in ein paar Jahren kaum für die Union begeistern. Klug ist die Strategie der Union jedenfalls nicht.

[1] CDU vom 19.10.2026
[2] ZDF vom 18.10.2026
[3] Süddeutsche vom 29.10.2026 (Paywall)
[4] Instagram-Account von jumitte
[5] siehe Das Gerede über die "Tyrannei der Alten" soll nur ablenken vom 23.10.2026
[6] Bundeswahlleiterin, Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen, Seite 16 u. 17, PDF-Datei mit 50 KB
[7] tagesschau.de vom 07.09.2026, Wer wählte wen? (Sachsen-Anhalt),
tagesschau.de vom 21.09.2026, Wer wählte wen? (Mecklenburg-Vorpommern),
tagesschau.de vom 21.09.2026, Wer wählte wen? (Berlin)

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel3/ms3322.html